



STAATSKANZLEI

Mainz, 10.12.2020

www.rlp.de

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Andrea Bähler
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Almut Rusbüldt
Stellvertretende Sprecherin
der Landesregierung
Telefon 06131 16-4697
Telefax 06131 16-4666

Janosch Littig
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

**Rede von
Ministerpräsidentin Malu Dreyer**

**anlässlich der Orientierungsdebatte
des Landtags Rheinland-Pfalz zum Thema
„Ethische Fragen der Impfstrategie zur Bekämpfung der
Covid-19-Pandemie“
am 10. Dezember 2020**

**Redemanuskript
Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist: Redebeginn**



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 10.12.2020

Diese Orientierungsdebatte kommt zum genau richtigen Zeitpunkt: die Ständige Impfkommission auf Bundesebene hat vor wenigen Tagen ihren Beschlussentwurf für die Empfehlung der COVID-19-Impfung vorgelegt und die Länder um Stellungnahme gebeten. Wir als Landesregierung stellen sicher, dass in unserer Stellungnahme die heutige Debatte berücksichtigt und so das Parlament auch in diesem wichtigen Punkt beteiligt wird.

Bei uns im Land laufen bereits seit Wochen die Vorbereitungen auf Hochtouren, jeden Tag viele tausend Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälzerinnen gegen COVID-19 zu impfen. Sobald ein Impfstoff zur Verfügung steht, können wir loslegen. Und natürlich sind wir stolz und dankbar, dass die Welt jetzt auf einen Impfstoff der Mainzer Firma BioNTech setzt.

Ich weiß, alle wünschen sich, dass die Zulassung jetzt binnen Tagen erfolgt. Aber ein Coronavirus-Impfstoff muss genauso sorgfältig geprüft werden wie alle anderen. Das ist umso wichtiger, weil es sich um ein neuartiges Verfahren handelt und noch nicht alle Fragen zur Wirkweise bekannt sind. Die Europäische Arzneimittelagentur EMA wird bis Jahresende für ganz Europa über die ersten Anträge entscheiden.

Der nächste Schritt wird die Verteilung sein. Klar ist: Zumindest am Anfang wird es noch nicht genügend Impfstoffdosen für alle geben. Mir ist deshalb ganz wichtig: Wir brauchen transparente, gut begründete und konsequent umgesetzte Kriterien, wer wann geimpft wird. Die Verteilung darf nicht dem Zufall überlassen werden. Und erst recht darf es keinen Unterschied machen, ob jemand privat oder gesetzlich versichert ist. Es gilt weder das Windhund- noch das Ellbogen-Prinzip.

Vielmehr braucht es eine Verständigung darüber, wer bevorzugt und wer erst später geimpft wird. Hier sind grundlegende rechtliche, gesundheitliche und ethische Fragen berührt. Denn bei der Verteilung geht es um elementare Grundrechte, allem voran um den Schutz des Lebens und der Gesundheit.

Die Experten und Expertinnen der Ständigen Impfkommission empfehlen, dass diejenigen zuerst geimpft werden, die selbst bei einer Infektion erwartbar ein besonderes Risiko tragen, schwer zu erkranken oder sogar zu sterben; und auch solche Menschen, die in engem Kontakt mit Infizierten und besonders Gefährdeten



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 10.12.2020

stehen: allen voran also Menschen über 80 Jahre sowie Bewohner und Bewohnerinnen wie auch das Personal in Altenheimen. Zudem sollen chronisch Kranke frühzeitig geimpft werden.

Warum gibt es die Empfehlung, ältere Menschen und chronisch Kranke zuerst zu impfen? Weil es so gelingen kann, das Gesundheitssystem zu entlasten, indem diejenigen zuerst vor der Krankheit geschützt werden, die andernfalls ein hohes Risiko tragen, in den Krankenhäusern behandelt werden zu müssen.

Für mich ist ganz wichtig: Die Entscheidung darüber, wer als erster geimpft wird, ist keine Entscheidung darüber, welches Leben schützenswerter ist. Eine solche Abwägung widerspräche zutiefst unseren Grundwerten und unserem Grundgesetz. Und ebenso dem christlichen Menschenbild. Auch für die Verteilung des Corona-Impfstoffs gilt: Jeder Mensch hat die gleichen Rechte und die gleiche Würde.

Die Empfehlungen der STIKO bauen aber für die Verteilung auf das Prinzip der Solidarität. Die besonders Schutzbedürftigen zuerst zu impfen, setzt voraus, dass Andere ihr eigenes – ich sage ganz deutlich: ihr berechtigtes – Interesse an einer Impfung zeitweise zurückstellen.

Ich bitte alle Bürger und Bürgerinnen schon jetzt herzlich darum, diesen solidarischen Weg zu unterstützen. Ich bin sicher, dass wir damit am Ende alle gewinnen, weil wir so unsere Liebsten bestmöglich schützen und das Gesundheitssystem nicht überlasten.

Die Selbstbestimmung der Einzelnen wird dabei nicht ausgehebelt. Im Gegenteil: sie bleibt Dreh- und Angelpunkt. Denn eine Impfung muss immer freiwillig sein. Eine Impfpflicht kann und wird es nicht geben.

Meine Haltung ist da ganz klar: Wir dürfen die Menschen nicht zwingen, sondern müssen sie mit guten Gründen davon überzeugen, dass in der Abwägung die Impfung die richtige Entscheidung ist. Voraussetzungen dafür, dass Bürger und Bürgerinnen der Impfung vertrauen, sind ein transparentes Verteilungsverfahren und kontinuierliche sowie verlässliche Informationen zu den Wirkweisen und Nebenwirkungen der Impfstoffe.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI

Mainz, 10.12.2020

Wir sehen das Licht am Ende des Tunnels, aber wir haben noch eine lange Wegstrecke vor uns. Die Impfung ist ein wichtiger Meilenstein, aber noch kein Allheilmittel. Abstand und Hygiene werden auch in den nächsten Monaten notwendig sein. Geben Sie bitte weiter gut aufeinander Acht. Ich danke Ihnen.